



Protokoll

Jugendhilfeausschuss
9. Oktober 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Herr Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Frau Birgit Kling

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und verpflichtet vor Einstieg in die Tagesordnung folgende Mitglieder:

Herrn Jörg Biermann
Herrn Hans-Gerd Köhler
Frau Manuela Grimm
Frau Teresa Musacchio
Herrn Karl-Heinz Honeck
Frau Natascha Roth
Herrn Daniel Melchien
Herrn Rifat Toplugedik
Frau Franziska Delgado
Frau Renate Gissel
Herrn Gunter Vogel

Herrn Waldemar Jonait
Herrn Pfarrer Wolfgang Stoll
Frau Ulrike Sinner
Frau Irina Grinberg
Herrn Klaus Nägele
Herrn Frank Bauer
Herrn Marco Dawid
Herrn Nicolai Friedrich
Frau Jutta Uchmann
Frau Elke Frey

Um 16:44 Uhr steigt **der Vorsitzende** in die Tagesordnung ein.

TOP 1 Einführung in den Jugendhilfeausschuss - Tischvorlage und mündlicher Bericht -

Frau Langeneckert (SJB) stellt auf Basis der Tischvorlage den Jugendhilfeausschuss (JHA) vor. Es ist der einzige Ausschuss, der im Sozialgesetzbuch (§71, SGB VIII) begründet ist. Weitere Grundlage für den JHA ist die Satzung für das Jugendamt der Stadt Karlsruhe. Der JHA ist ein beschließender Ausschuss.

Als Besonderheit in Karlsruhe sind das Jugendamt und das Sozialamt organisatorisch in einer Sozial- und Jugendbehörde (SJB) zusammengefasst. Das nach einem Prozess neu entwickelte Organigramm der SJB basiert auf fünf Fachbereichen. Für den JHA sind die Fachbereiche Jugendhilfe und Soziale Dienste, Kindertagesbetreuung sowie Beratung und Prävention maßgeblich.

Der Fachbereichsleiter Jugendhilfe und Soziale Dienste **Herrn Michael Gleitz** stellt anhand eines weiteren Organigramms seinen Fachbereich vor, der aus fünf Abteilungen besteht: Allgemeiner Sozialer Dienst, Schulsozialarbeit, Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaften/Vormundschaften/Unterhaltsvorschusskasse und Sozialpädagogische Fachdienste. Er betont zwei Karlsruher Besonderheiten: die Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst ist nicht nur für Kinder sondern für alle Menschen in Karlsruhe zuständig, und an allen allgemeinbildenden Schulen sind Schulsozialarbeiter als Mitarbeiter des Jugendamtes beschäftigt.

Der Vorsitzende dankt der Direktorin Langeneckert und Abteilungsleiter Gleitz für die Ausführungen und lobt das Führungsteam des SJB ausdrücklich.

Fragen oder Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss: Kenntnisnahme

TOP 2 Bildung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss und Neubestellung der Mitglieder
- Vorlage -

Frau Langeneckert (SJB) erklärt, dass laut Satzung des Jugendamtes der JHA auch Unterausschüsse bilden kann, so beispielsweise den Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss. Dieser Arbeitsausschuss hat die Aufgabe, Themen vorab zu diskutieren bzw. zu vertiefen bevor sie in den JHA kommen. Durch die Gemeinderatswahl ist eine Neubildung des Ausschusses notwendig. Die prägenden Themen des Ausschusses seit 2 Jahren sind die Qualität der Kindertagesbetreuung und der Weg zur Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten. Der Arbeitsausschuss ist ein beratender, nicht öffentlicher Ausschuss.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, als Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses den Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss mit der auf Seite 2 genannten Zusammensetzung zu bilden.
2. Der Jugendhilfeausschuss bestellt einstimmig die in der Vorlage auf Seite 2 und 3 genannten Personen als Mitglieder des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss.

TOP 3 Bildung der Kommission zur Vorberatung der Vergabe von Betriebsträgerschaften Karlsruher Kindertageseinrichtungen und Bestellung der Mitglieder
- Vorlage -

Frau König (SJB) führt aus, dass die Kommission zur Vorberatung der Vergabe der Betriebsträgerschaften Karlsruher Kindertageseinrichtungen ebenfalls der nichtöffentlichen Vorberatung für den Jugendhilfeausschuss dient. Die Auswahl der Träger soll nach wettbewerblichen Grundsätzen erfolgen.

Fragen oder Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Herr Stadtrat Müller (CDU) dankt der Jugendkonferenz und greift den Bolzplatz in Oberreut auf. Dort gäbe es bis heute noch keine befriedigende Situation. Er bittet darum, dass sich die Dezernate und Fachämter in dieser Sache zusammensetzen.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Stadtteilkonferenz den Bolzplatz bereits auf die Priorität 1 gesetzt hat. Er geht davon aus, dass das Thema im nächsten Ausschuss für öffentliche Einrichtungen behandelt wird.

Beschluss: Kenntnisnahme

**TOP 5 Sprachbildung und Sprachförderung in Karlsruher Kindertages-
einrichtungen
- Vorlage -**

Frau Mink (SJB) führt kurz in die Vorlage ein.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) hält Sprachbildung für ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Die Sprachbildung hat in den letzten Jahren stark vom Bundesprogramm profitiert, während das Landesprogramm „Spatz“ kaum in Anspruch genommen wurde. Sie begrüßt das Konzept und betont, dass erhebliche Mittel dafür erforderlich sind.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) spricht davon, dass das Bundesprogramm offensichtlich positiv und von hoher Qualität ist. Er hinterfragt jedoch, ob der Weg zu den kostenlosen Kitas der richtige ist? Erst finanziert der Bund eine Maßnahme an, steigt dann aus und nun müsse man sehen, wo man bleibt.

Frau Frey (Stadtamt Durlach) sieht auch die große Qualität in der Sprachbildung. Sie fragt nach Zahlen von der Stadt Karlsruhe, die aufzeigen, worin sich die Qualität begründet, da sich daraus mehr Spielraum für die Weiterentwicklung ergeben könne.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) begrüßt den Vorstoß der Verwaltung und hofft, dass die Bundesmittel reichen. Er ist der Meinung, dass man die Qualität der Kitas nicht gegen die Beitragsfreiheit ausspielen sollte. Der Sozial- und Bildungsbereich müsse im städtischen Haushalt gestärkt werden.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) will in der Qualität weiter voranschreiten, aber auch gleichzeitig die Eltern entlasten und wehrt sich gegen ein Ausspielen. Der quantitative Ausbau verursache die meisten Kosten. Sie wünscht sich ein flexibles Konzept, das an das Bundesprogramm angepasst wird und flächendeckend ist.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) bemerkt, dass der Stufenplan für beitragsfreie Kitas bereits im Gemeinderat beschlossen wurde und es nur noch um die Geschwindigkeit der Umsetzung gehe. Nicht nur Sprachförderung sei ein Thema, sondern auch der quantitative Ausbau und die Inklusion.

Frau Mink (SJB) berichtet, dass dem Landesprogramm „Spatz“ das neue Programm „Kolibri“ mit neuen Ansätzen gefolgt sei. Ein Vergleich sei nicht möglich. Die Uni Bamberg begleite dieses Projekt, allerdings lägen noch keine Ergebnisse vor.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig, die Kommission zur Vorberatung der Vergabe von Betriebsträgerschaften Karlsruher Kindertageseinrichtungen in der auf Seite 2 genannten Zusammensetzung zu bilden.
2. Der Jugendhilfeausschuss bestellt einstimmig die auf Seite 2 genannten Personen als Mitglieder der Kommission zur Vorberatung der Vergabe von Betriebsträgerschaften Karlsruher Kindertageseinrichtungen.

**TOP 4 Ergebnisse der Karlsruher Jugendkonferenz vom 23.03.2019
- mündlicher Bericht -**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Peitzmeier sowie Franziska Delgado und Rifat Topluggedik vom Stadtjugendausschuss. Er merkt an, dass der Stadtjugendausschuss der wichtigste Jugendträger in Karlsruhe ist, dessen Beteiligungskonzept stetig weiterentwickelt wird. Deshalb wurden mit Frau Delgado und Herrn Topluggedik auch zwei Mitglieder der Jugendkonferenz in den JHA berufen.

Franziska Delgado und **Rifat Topluggedik** berichten über die Ergebnisse der 6. Karlsruher Jugendkonferenz, die am 23. März 2019 mit einer Beteiligung von über 100 Jugendlichen stattfand. Wichtige Themen der Jugend sind beispielsweise die Förderung des ÖPNV, der Bolzplatz in Oberreut, sowie eine Halle beim NCO Club. Weiteres Thema ist ein Fußballfeld in den Geroldsäckern, wo sich Spieler eine einfache Beleuchtung mit Zeitschaltuhr und Wertmarken wünschen, um auch im Winter spielen zu können.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) dankt der Jugendkonferenz und bittet um Weitergabe des Danks an alle Engagierten. Sie teilt mit, dass die Bolzplätze im Hauptausschuss und im Gemeinderat bereits thematisiert wurden. Sie fordert, diese Themen dringend weiter voranzubringen und appelliert an die Jugendlichen, in dieser Sache weiterzukämpfen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) kritisiert die Stadtverwaltung, weil bisher keine zeitnahen Umsetzungen erfolgt sind und fordert, dass angestoßene Dinge ämterübergreifend und zeitnah angegangen werden. Er regt an, die Umsetzung von Projekten zentral einem Verantwortlichen zuzuweisen und nicht auf verschiedene Ämter zu verteilen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) dankt für das Engagement der Jugendlichen. Er spürt als Lehrer das große Interesse an der Jugendkonferenz und schließt sich der Meinung von Stadtrat Kalmbach an.

Frau Stadträtin Ansin (KAL/Die PARTEI) lobt die Jugendkonferenz und fragt nach, ob die Ergebnisse auch schriftlich erhältlich sind.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) schließt sich den Vorrednern an. Er hält es allerdings für bedenklich, dass so viele Ideen erst spät realisiert werden.

Herr Melchien (Stja) greift den Vorschlag von Frau Stadträtin Ansin auf und wird die Ergebnisse aus der Jugendkonferenz den Fraktionen zur Verfügung stellen. Er berichtet, dass es durchaus auch positive Beispiele für zeitnah umgesetzte Projekte gibt.

Der Vorsitzende erwähnt, dass das Bundesfamilienministerium den größten Etat seit Bestehen der Bundesregierung habe und man sich über das „Gute-Kita-Gesetz“, das „Familien-stärken-Gesetz“ sowie das „Ganztagesesschulen-Gesetz“ freuen könne. Er mache sich deshalb über Sprachbildung keine Sorgen. Im Hinblick auf die hohe Qualität verweist er darauf, dass die Stadt Karlsruhe den höchsten Personalschlüssel in Deutschland hat. Abschließend dankt er für die intensive Diskussion.

Beschluss: Kenntnisnahme

TOP 6 Aufnahme eines neuen Kita-Projektes in die Bedarfsplanung - Vorlage -

Frau König (SJB) führt kurz in den Inhalt der Vorlage ein.

Fragen oder Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat, die Aufnahme einer neuen Krippengruppe in der Musik-Kita INTAKT mit 10 Plätzen in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen.

TOP 7 Erhöhung der Elternbeiträge für städtische Schülerhorte - Vorlage -

Frau König (SJB) führt kurz in das Thema ein.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) informiert, dass sich die GRÜNEN enthalten werden, weil noch Beratungsbedarf in der Fraktion besteht. Sie hält es für ein Dilemma, dass einerseits eine Senkung der Kita-Gebühren erfolgt, aber andererseits die Eltern für die Grundschul Kinder den Hort bezahlen müssen. Der Betreuungsbedarf werde durch die Ganztages-schule nicht abgedeckt. Die GRÜNEN stehen zu dem Beschluss, dass die Ganztages-schule das Basismodell für die Schulkinderbetreuung ist. Es ist ihrer Meinung nach eine strategi-sche Planung notwendig, auch weil für Kitas die Kommune verantwortlich ist, aber ab dem ersten Schuljahr die Verantwortung beim Land liegt und das Land die Ganztages-schule beschlossen hat. Sie bittet abschließend die Stadtverwaltung, zu überlegen, wie strategisch vorgegangen werden sollte.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) teilt mit, dass seine Fraktion die Erhöhung der Bei-träge ablehnt, da Preiserhöhungen ein falsches Signal seien. Es gehe nicht, dass einerseits die kostenlose Kita gewollt ist, aber andererseits Hortgebühren erhöht werden.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) ist der Meinung, dass Horte trotz Ganztages-schule noch lange erhalten bleiben. Das Konzept der Ganztages-schule sei zu starr. Er hält eine Preisanpassung der Horte für gerechtfertigt.

Frau Frey (Stadtamt Durlach) hält die Idee, den Eltern eine Freiheit einzuräumen für schön, aber nicht zielorientiert. Sie befürwortet einen gebundenen Ganztagesbereich.

Der Vorsitzende äußert großes Verständnis für dieses Dilemma und stellt in Frage, ob eine Analogie zum Kitabereich überhaupt möglich ist. Er verweist darauf, dass die Entscheidung im Gemeinderat getroffen werden wird.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat bei 8 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen, wie folgt zu beschließen:

- 1) Die Elternbeiträge der städtischen Schülerhorte werden für Erst- und Zweitkinder in Ganztageshorten um jeweils rund vier Prozent und für Nachmittagshorte um jeweils rund fünf Prozent, wie in der Anlage dargestellt, zum 1. Januar 2020 und zum 1. Januar 2021 erhöht.
- 2) Die Elternbeiträge für Dritt- und weitere Kinder unterhalb des Verpflegungsaufwands bleiben bestehen.
- 3) Ab 1. Januar 2020 werden die Elternbeiträge für die städtischen Einrichtungen getrennt nach dem Benutzungsentgelt für die Betreuung und den Verpflegungskosten ausgewiesen.
- 4) Die Verwaltung wird ermächtigt, die Benutzungsentgelte, bis zur Angleichung an vergleichbare Hortangebote im Stadtgebiet, künftig um jährlich bis zu höchstens vier Prozent zu erhöhen.

**TOP 8 Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“
- Vorlage -**

Frau Dasting erläutert kurz die Vorlage.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) begrüßt die Vorlage sehr.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten“ gemäß Anlage zu beschließen.

**TOP 9 Fortentwicklung Karlsruher Kinderpass
- Vorlage -**

Der Vorsitzende dankt einleitend dem Stadtjugendausschuss, der seit vielen Jahrzehnten den Kinderpass ausgibt, für die tolle Arbeit.

Frau Peitzmeier (stja) betont, dass der Kinderpass die Arbeit von vielen Entwicklern ist und es nun um eine Fortentwicklung auf Wunsch der Politik geht. Bisher war die Ausgabe bei nur wenigen Prüfungen sehr einfach möglich, und der Verwaltungsaufwand soll auch künftig so gering wie möglich bleiben. Bisher wurde das soziokulturelle Existenzminimum als Kriterium herangezogen. Die neue Variante bezieht sich auf das Nettoäquivalenzeinkommen, wodurch sich auch Synergien in Familien und Lebensgemeinschaften ergeben. Frau Peitzmeier weist auf die wesentlichen Vorteile der neuen Berechnungsvariante hin und empfiehlt, die Anspruchsberechnung nach Nettoäquivalenzeinkommen ein Jahr auszu-

probieren und danach neu zu entscheiden.

Herr Köhler (Caritas) unterstützt den Vorstoß weg vom Existenzminimum und hin zum Nettoäquivalenzeinkommen. Er findet es gut, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten im ersten Schritt erweitert wird, aber ein nächster Schritt sollte es sein, den Pass für ALLE einzuführen, gegebenenfalls mit freiwilliger Eigenbeteiligung.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) begrüßt die Vorgehensweise, wünscht sich jedoch mehr Selbstbewusstsein hin zu 30% statt 10%, weil immer mehr Kinder in Armut beziehungsweise verdeckter Armut leben.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) begrüßt den Vorstoß auch, allerdings nur mit 10% und nicht mit 30%, weil bei einem wirtschaftlichen Abschwung die 10% ohnehin steigen werden.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) freut sich über die Vorlage und schließt sich den Ausführungen der Herren Köhler und Bauer an. Er ist der Meinung, es brauche tiefgreifende soziale Korrekturmaßnahmen. Seine Fraktion favorisiere auch 30%.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) hält den Vorstoß für eine gute Sache, allerdings zunächst nur mit 10%. Erst mal schauen und später eventuell erweitern. Ist das Ziel des Karlsruher Passes, das heißt die Nutzung der öffentlichen Einrichtungen durch Passinhaber, überhaupt messbar? Er ist vom Pass überzeugt, nicht jedoch von der Finanzrechnung.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) geht es gut mit dem Vorstoß, um 10% zu erhöhen, auch im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen, bei denen bei Bedarf höhere Beiträge eingestellt werden können. Bei Karlsruher Pass und Karlsruher Kinderpass sollte auf jeden Fall einheitlich vorgegangen werden.

Der Vorsitzende ist stolz, dass man diesen wichtigen Schritt mit schwieriger Rechnung unterjährig hinbekommen hat. Wichtiger als die Messbarkeit der Ziele, sei die Zielerreichung. Hier sei ein Ziel, keine Almosen zu vergeben, sondern die Menschen als vollwertige Kunden zu behandeln, also Hilfe zur Selbsthilfe. Nach einer Erprobung von einem Jahr könne in den Haushaltsberatungen gegebenenfalls eine Korrektur und eine Erhöhung auf 30% erfolgen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat bei 3 Enthaltungen, zu beschließen, dass zum 01.01.2020 das Nettoäquivalenzeinkommen als Grundlage zur Berechnung der Bezugsberechtigung für den Karlsruher Kinderpass herangezogen wird. Die Einkommensgrenze für die Anspruchsberechtigung wird um 10 Prozentpunkte auf 1.200 Euro Nettoäquivalenzeinkommen angehoben.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister


22.11.15

die Schriftführerin


Birgit Kling